

STELLUNGNAHME

zum Diskussionspapier der Bundesnetzagentur zu einem **Marktstammdatenregister (MaStR)** vom 20.10.2014

Berlin, 19. Dezember 2014

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt über 1.400 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser und Abfallwirtschaft. Mit über 245.000 Beschäftigten wurden 2012 Umsatzerlöse von mehr als 110 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 8,6 Milliarden Euro investiert. Die VKU-Mitgliedsunternehmen haben im Endkundensegment einen Marktanteil von 46 Prozent in der Strom-, 59 Prozent in der Erdgas-, 80 Prozent in der Trinkwasser-, 65 Prozent in der Wärmeversorgung und 26 Prozent in der Abwasserentsorgung.

Einleitung

Die vorliegende Stellungnahme des VKU bezieht sich auf das von der Bundesnetzagentur (BNetzA) erarbeitete Diskussionspapier für die Entwicklung eines *Marktstammdatenregisters* (MaStR) vom 20. Oktober 2014. Die darin aufgeführten Überlegungen zu einem MaStR wurden erstmals in einem BNetzA-Workshop am 14. November 2014 mit den Marktteilnehmern diskutiert.

Die BNetzA bestätigt in ihrem Papier, dass für den Energiemarkt nach den derzeitigen gesetzlichen Regelungen eine Vielzahl von behördlichen Registern besteht, die unterschiedlichen Zwecken dienen. Dabei müssen sich die Akteure des Strom- und Gasmarktes an verschiedenen Stellen nach divergierenden Verfahren registrieren und ihre Daten jeweils aktuell halten.

Auch werden die Überlegungen der BNetzA skizziert, wie die Problematik dieser unübersichtlichen und nicht einheitlichen Datenlage in Bezug auf alle Erzeugungsanlagen – konventionell und erneuerbar – mittels Entwicklung und Aufbau eines zentralen von der BNetzA betriebenen öffentlichen „Marktstammdatenregisters“ gelöst werden könnte.

Grundsätzlich

Vom VKU wird der Aufbau eines Marktstammdatenregisters zur Erfassung sämtlicher Stromerzeugungsanlagen als eine zentrale und öffentlich zugängliche Datenquelle für unterschiedliche Datenmelde- und Berichtspflichten grundsätzlich begrüßt.

Wie von der Energiebranche seit geraumer Zeit beklagt, sind die derzeitigen Datenmeldeverpflichtungen speziell für die Anlagenbetreiber und Netzbetreiber enorm. Es wurden 18 verschiedene Listen/Portale/Register identifiziert, die uneinheitliche, nicht miteinander abgestimmte, energiespezifische Datenmeldeverpflichtungen beinhalten. Zudem kommunizieren diese unkoordinierten „Datensammelstellen“ nicht bzw. nicht ausreichend miteinander, wodurch unnötige Mehrfachmeldungen und inkonsistente Daten entstehen.

Die Lösung dieses dringenden Problems soll nun mittels Entwicklung eines zentral aufgebauten „Marktstammdatenregisters“ erreicht werden. Dies wird vom VKU grundsätzlich sehr begrüßt. Gleichzeitig bedanken wir uns für die Möglichkeit der Mitarbeit bei der Konzeption und Erarbeitung eines zentralen Marktstammdatenregisters für alle Erzeugungsanlagen in Deutschland.

Entbürokratisierung

Ziel muss es dabei sein, bestehende Register darin aufzulösen, so dass dadurch tatsächlich eine Entbürokratisierung stattfindet und für die betroffenen Unternehmen ein konkreter Mehrwert entsteht: Es darf nicht ein weiteres (19.) Datenmelderegister aus reinem Selbstzweck entstehen. Das bedeutet, die Datenmeldepflichten für die beteiligten Akteure reduzieren sich nachweislich und dabei werden sukzessive bestehende Meldepflichten und deren Register in das MaStR überführt.

Als elementar wichtig und um für zukünftige Erweiterungen offen zu sein, wird ein modularer Aufbau des MaStR als zielführend erachtet. Dies erscheint grundlegend für den Erfolg, da nur eine prinzipiell, zukunftsorientierte Offenheit für Weiterentwicklungen ermöglicht, im Anschluss an eine Etablierungsphase kompatible Erweiterungen anzukoppeln und damit Synergien durch Überführung bestehender Meldepflichten zu erzielen. Daher begrüßen wir das geplante Vorgehen der BNetzA, bei der Entwicklung eines Marktstammdatenregisters in einem 1. Schritt für konventionelle und regenerative Stromerzeugungsanlagen aufzubauen.

Der Aufbau des MaStR muss sich zwingend daran orientieren, dass nur für den Erfüllungszweck dieses Stammdatenregisters erforderliche Stammdaten identifiziert und im Gegenzug alle anderen bestehenden Listen/Portale/Register sukzessive überführt werden. Zukünftige Berichtspflichten werden sodann nur noch aus dem einen Marktstammdatenregister bedient. Daraus ergibt sich, dass zukünftig die derzeit noch bestehenden Mehrfachmeldungen entfallen, da Daten nur noch an ein Register gemeldet werden.

Das Marktstammdatenregister sollte sich zunächst beim Umgang mit den Stammdaten etablieren und hier seine Arbeitsfähigkeit erfolgreich unter Beweis stellen, bevor in einem anschließenden Schritt mögliche individuelle Erweiterungen (bspw. Drittmodule) daran angekoppelt werden.

Datenschutz und Datensicherheit

Aufgrund der wirtschaftlichen Sensibilität und auch aus Datenschutzgründen begrüßen wir den Betrieb des Marktstammdatenregisters durch die unabhängige Regulierungsbehörde. Die in Summe zu speichernden Stammdaten müssen auf ein Minimum reduziert werden. Dabei muss der Zugriff der einzelnen Marktpartner auf die hinterlegten Daten mit einem noch zu erarbeitenden Berechtigungssystem klar definiert werden. Der administrative Aufwand für Datenerhebung und –übermittlung muss entsprechend kostenseitig anerkannt werden und darf einen für die betroffenen Unternehmen und Akteure IT-technisch und wirtschaftlich vertretbaren Rahmen nicht überschreiten.

Klärungsbedürftig ist die konkretisierte Zeitplanung zum Aufbau und Inbetriebnahme des Registers sowie der Implementation bestehender Datenregister. Daher wird empfohlen, diese in einem Projektplan (inkl. der etappenartigen Meilensteine) durch die BNetzA darzustellen.

Selbst nur der für Deutschland geplante Ausbaupfad, bis zum Jahr 2025 den Anteil erneuerbarer Energien an der deutschen Stromversorgung auf 40 bis 45 Prozent und bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent zu steigern, bedarf einer enormen administrativen und planbaren Umsetzung, insbesondere bei der Erfassung des Anlagenzubaus.

Neben der Umsetzung des Ausbaupfads dient das Marktstammdatenregister der Ermittlung einer validen und aktuellen Datengrundlage über die in Deutschland verfügbaren Erzeugungskapazitäten für Strom aus erneuerbaren und konventionellen Energien und ist somit für die weitere Gestaltung der Energiewende sowie ihre laufende Evaluierung förderlich. Auch für die Netzbetreiber sind aktuelle, belastbare

und zuordenbare Informationen zu der Entwicklung der Anlagenkapazität vor dem Hintergrund einer verstärkten Auslastung der Netzkapazitäten relevant. Sie müssen diese Entwicklungen für ihre Netzbau- und Netzausbaumaßnahmen frühzeitig kennen, da sie die Anlagen vorrangig an ihr Netz anschließen und eingespeisten Strom vorrangig aufnehmen müssen.

Durch die branchenweite Einführung des Marktstammdatenregisters besteht die Chance, die verschiedenen bestehenden Meldepflichten zusammenzuführen und zu konsolidieren. Damit kann dieses Register auch zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung beitragen und ist gleichzeitig ein wichtiger Schritt auf dem Weg einer umfassenden öffentlichen Energiedatenbank der Energiebranche.

Grundlage bei der Initialisierung eines Marktstammdatenregisters sollten bestehende Verpflichtungen zur Datenmeldung sein. Dabei sollten diese Daten mittels anerkannter elektronischer Formate (bspw. EDIFACT) überführt werden können.

Die derzeitige Ausgestaltung der Anlagenregisterverordnung sieht eine Registrierung der Stammdaten der Anlagen durch die Anlagenbetreiber und eine Validitätsprüfung durch die Anschlussnetzbetreiber in elektronischer Form vor. Für die zukünftige Ausgestaltung der Registrierungs- und Meldepflichten im MaStR mit dem Ziel qualitativ hochwertige und validierte Stammdaten im MaStR zu hinterlegen, ist es erforderlich, zunächst die noch ausstehende Definierung der zu übermittelnden Stammdaten in die weitere Betrachtung einfließen zu lassen, um anschließend entsprechende Datenverantwortlichkeiten und Meldeverpflichtungen festlegen zu können.

Den Inbetriebnahmezeitpunkt einer Anlage als Fixpunkt bei den Fristigkeiten zu verwenden erscheint zielführend. Dies gilt ebenfalls für die Möglichkeit der Hinzuziehung des Netzbetreibers zur Plausibilisierung und Ergänzung der vom Anlagenbetreiber gemachten Daten. Jedoch sollte der durch die Validierung entstehende Aufwand für den Netzbetreiber so gering wie möglich gehalten werden und im Regulierungsrahmen anerkennungsfähig sein. Es erscheint sachdienlich, bei der Registrierung auf die verwendeten Energy Identification Code (EIC) (W-Code), EEG-Anlagenschlüssel bzw. auf die vergebenen Zählpunkte, über die der in der Anlage erzeugte Strom bei der Einspeisung in das Netz erfasst wird, abzustellen. Es ist jedoch auch aus bisherigen Erfahrungen an dieser Stelle absehbar, dass die Bundesnetzagentur die Erforderlichkeit zwangsläufig sehen wird, diesbezüglich notwendige und valide Daten vom Netzbetreiber anzufordern. Hierfür muss ein einfaches, unbürokratisches und mit geringem Aufwand für den Netzbetreiber verbundenes Verfahren installiert werden.

Ein vorgeschlagenes automatisiertes Vorgehen und/oder eine elektronische Schnittstelle werden begrüßt.

Nachdem die „Erstbefüllung“ des Anlagenregisters auch aus verschiedenen bereits bestehenden Registern erfolgen soll, wäre ein „Datenverantwortungskonzept“ zu erstellen, aus dem klar hervorgeht, wer für die Richtigkeit der gemeldeten Daten „haftet“. An dieser Stelle ist es insbesondere für die Marktrolle der

Verteilernetzbetreiber/Anschlussnetzbetreiber wichtig, dass ein Haftungsausschluss für diejenigen Meldedaten besteht, bei denen der Netzbetreiber lediglich die Daten weitergibt und sich auf die Korrektheit der Angaben des Meldenden verlassen muss.

Diese werden einmal vom Netzbetreiber an das Marktstammdatenregister übermittelt und anschließend nur von dort an berechnigte Marktakteure zur weiteren Verwendung weitergegeben. Der VKU unterstützt die Entwicklung eines „Marktstammdatenregister“, allerdings haben bisherige Diskussionen gezeigt, dass eine Vielzahl von Punkten in weiteren Erörterungsrunden klarstellungsbedürftig ist. Hierfür begrüßen wir ausdrücklich das Diskussionspapier der BNetzA und der dort identifizierten offenen Fragestellungen.

In der am 5. August 2014 in Kraft getretenen Anlagenregisterverordnung wurde die Bundesnetzagentur beauftragt, ein umfassendes Register für die Stammdaten der EE-Anlagen aufzubauen. Mit § 53b EnWG wurde für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Ermächtigung zum Erlass einer Verordnung geschaffen, nach der die Stammdaten weiterer Anlagen und Akteure in einem behördlichen Gesamtanlagenregister erfasst werden können: Dies betrifft vor allem die Stammdaten der konventionellen Erzeugungsanlagen, vor allem aber auch die Stammdaten sonstiger Akteure des Strom- und Gasmarktes. Von der Verordnungs-ermächtigung soll zeitnah Gebrauch gemacht werden. Die Anlagenregisterverordnung und die Verordnungsermächtigung in § 53b EnWG sind so angelegt, dass sich aus beiden zusammen ein umfassendes Register ergeben kann, das die Stammdaten eines Großteils der Akteure und Anlagen des Strom- und Gasmarktes enthält. Der VKU begrüßt im Sinne einer Rechtssicherheit dieses Vorgehen des BMWi, um damit die Entwicklung eines Marktstammdatenregisters auf ein solides Fundament zu setzen.

Die Frage der Datendefinitionen soll im Frühjahr 2015 in einer gesonderten Diskussion behandelt werden.

Marktstammdatenregister – Fragen aus dem BNetzA-Diskussionspapier

Für den Energiemarkt besteht nach den derzeitigen gesetzlichen Regelungen eine Vielzahl von behördlichen Registern, die unterschiedlichen Zwecken dienen. Die Akteure des Strom- und Gasmarktes müssen sich an verschiedenen Stellen nach divergierenden Verfahren registrieren und ihre Daten jeweils aktuell halten.

1. An welche behördlichen Register müssen Sie derzeit Stammdaten übermitteln?

Es ist von großer Relevanz, die derzeit bestehenden Register mit den entsprechenden Meldepflichten für die Akteure zu identifizieren. Wenn jedoch die Entbürokratisierung für alle Beteiligten erfolgreich erreicht werden soll, muss die Aufnahme von Stammdaten in das MaStR aus einem bestehenden Register zwingend den Wegfall dieses bisherigen Registers bedeuten.

Darüber hinaus ist nicht nur die Vielzahl der verschiedenen Register problematisch, sondern auch die Ähnlichkeit – aber leider nicht Gleichheit – der jeweiligen Datenmeldungen an unterschiedliche Register. Daher sollte bei einer Aufnahme in das MaStR das Erfordernis der Datenerhebung überprüft und zwingend an ähnliche Datenerhebungen im MaStR angepasst werden. Dies verhindert, dass gleiche Aspekte durch unterschiedliche Fragenstellungen doppelt erhoben werden. Gerade im Hinblick auf die Vielzahl der Marktteilnehmer ist diese Überprüfung erforderlich.

Ziel muss es sein, nahezu alle behördlichen Register im MaStR zu vereinen. Dabei sollten auch die bisherigen Abfragen im Detail kritisch hinterfragt werden.

Dabei stellt sich noch die anschließende Frage, inwieweit das MaStR auch die von der EU eingesetzten Datenregister ersetzt werden sollen? Sollten diese weiterhin bestehen bleiben, gleichzeitig im MaStR identische Daten gefordert werden, wird eine angestrebte Entbürokratisierung nicht erreicht. Daher sollte hier ebenfalls die Möglichkeit von Doppelungen bei Meldungen in Deutschland und gleichzeitig an EU-Register überprüft und auch an dieser Stelle das Thema „Entbürokratisierung“ adäquat in Angriff genommen werden.

2. Welche Register können und sollen mittelfristig durch das MaStR abgelöst werden?

In § 53b EnWG ist dies für die folgenden Register bereits angelegt:

- EE-Anlagenregister (soll im Gesamtanlagenregister und damit im MaStR aufgehen)
- Herkunftsnachweisregister
- Register der Marktteilnehmer gemäß REMIT
- Markttransparenzstelle

Für weitere energiedatenhaltende Behörden stellt sich diese Frage ebenfalls: z. B. BAFA (KWK-Förderung und Besondere Ausgleichregel), Hauptzollämter (Erlaubnis gemäß Stromsteuergesetz und Energiesteuergesetz). Wenn deren Datenerhebungen

nicht durch das MaStR abgelöst werden, muss ein Austausch mit den Behörden gesetzlich ermöglicht werden, damit es zu einem Bürokratieabbau kommen kann.

3. Mit welchen energiedatenhaltenden Behörden muss der Datenaustausch ermöglicht werden?

Mit allen Behörden etc. muss ein Datenaustausch ermöglicht werden. Dies kann auch auf unterschiedliche Wege der Kommunikation erfolgen.

4. Von welchen weiteren Marktakteuren sollen im MaStR zu welchem Zweck die Stammdaten registriert werden?

Die Erfassung der Stammdaten der vorgeschlagenen Akteure der Energiebranche aus dem Diskussionspapier der BNetzA wird unterstützt:

- Strom- und Gasnetzbetreiber
- Marktgebietsverantwortliche
- Anlagenbetreiber (konventionell und erneuerbar)
- Bieter in EE-Ausschreibungsverfahren
- Speicherbetreiber (Strom und Gas)
- Energielieferanten
- Strom- und Gasgroßhändler
- Energiebörsen
- Behörden (z.B. Landesregulierungsbehörden, BAfA, UBA)]

5. Welche Marktakteure sollen aus welchen Gründen nicht registriert werden?

Ein Ausschluss bestimmter Marktakteurer zu diesem Zeitpunkt der Diskussion wird vom VKU nicht empfohlen.

6. Welche akteursbezogenen Stammdaten sollen jeweils im MaStR registriert werden? Für welche Zwecke ist die Erfassung erforderlich?

Die akteursbezogenen Stammdaten und ihr Austausch unterliegen größtenteils datenschutzrechtlichen Restriktionen. Dies gilt insbesondere für die Stammdaten der natürlichen Personen. Die geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen sind im MaStR einzuhalten.

Die Erfassung der vorgeschlagenen Daten wird unterstützt:

- Name
- Adresse
- E-Mail-Adresse
- Marktrolle oder Markttrollen
- juristischen Personen: Name und Kontaktinformationen (Verantwortliche) für versch. Markttrollen und für verschiedene Funktionen (z.B. Betriebsverantwortliche)

Zusätzlich sollte es die Möglichkeit für jeden einzelnen Marktakteurer geben, freiwillig weitere Daten im MaStR hinterlegen zu können (bspw.: Kontonummer etc.). Diese

freiwilligen Daten unterliegen dann ebenfalls den bestehenden Haftungsregelungen, können aber einen enormen Mehrwert für berechnigte Marktteilnehmer bieten.

7. Welche weiteren Anlagen sollen im MaStR zu welchem Zweck registriert werden?

Der VKU unterstützt den Vorschlag, dass im MaStR die Stammdaten der Anlagen, die für den Energiemarkt von Bedeutung sind, registriert und gepflegt werden. Die nachfolgende Liste orientiert sich ebenfalls an der Verordnungsermächtigung in § 53b Nr. 1 EnWG:

- Erneuerbare und konventionelle Stromerzeugungsanlagen
- Speicher (Strom und Gas)
- Genehmigungen von Stromerzeugungsanlagen und Speichern
- Anlagen zur Gasproduktion und LNG-Anlagen
- Notstromaggregate ≥ 1 MW

9. Welche Stammdaten sollen von den Anlagen jeweils im MaStR registriert werden? Für welche Zwecke ist die Erfassung erforderlich?

Für die EE-Anlagen ist in der Anlagenregisterverordnung eine technologiespezifische Liste von Stammdaten vorgegeben, die anzugeben und zu pflegen sind. Für die sonstigen Anlagen ist nach § 53b EnWG vorgesehen,

- den Standort der Anlage,
 - den genutzten Energieträger,
 - die installierte Leistung der Anlage,
 - technische Eigenschaften der Anlage,
 - Angaben zur Fernsteuerbarkeit der Anlage und
 - Angaben zum Energieversorgungsnetz, an das die Anlage angeschlossen ist,
- zu registrieren. Teilweise ist noch eine Differenzierung erforderlich, um tatsächlich registrierbare Daten zu gewinnen (z.B. bei "technische Eigenschaften").

10. In welchen Fällen müssen anlagenbezogenen Stammdaten als vertraulich eingestuft werden und welche Gründe bestehen für die Vertraulichkeit?

Die anlagenbezogenen Stammdaten unterliegen grundsätzlich keinen datenschutzrechtlichen Restriktionen. Der VKU begrüßt, dass bei den Fällen bei denen aus den anlagenbezogenen Daten auf akteursbezogene Daten zurückgeschlossen werden kann, wie es bei der Standortangabe kleiner Erzeugungsanlagen (private PV-Anlagen, Mini-BHKW) ist, diese Daten in der Genauigkeit zu reduzieren. Mitunter könnten auch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gegen eine Veröffentlichung sprechen.

11. Mit welchen Einschränkungen o.ä. kann dennoch eine Veröffentlichung der Stammdaten ermöglicht werden?

Es wird begrüßt, dass im MaStR ausschließlich Stammdaten registriert werden sollen. Als Stammdaten gelten dabei auch bestimmte veränderliche Daten wie der Name des Akteurs, die Zuordnung zu Netzen, die Anlagengröße und -leistung,

Angaben zur Fernsteuerbarkeit etc. Berechtigten Marktakteuren sollte der Zugang zu diesen Daten ermöglicht werden.

19. Mit welchem Verfahren könnten die wechselseitigen Berechtigungen eingeräumt werden?

Grundsätzlich erscheint es hilfreich, wenn für registrierte Teilnehmer des MaStR explizite Freigaben und Berechtigungen von Dateninhabern erteilt werden. Das MaStR könnte die Stammdaten den Unternehmen auf verschiedene Weise zugänglich machen. In Frage kommen die Funktionen:

- des Daten-Administrators (Hauptverantwortlicher, der das Unternehmen registriert),
- des themenbezogenen Kommunikationsbevollmächtigten,
- des Nur-Lese-Berechtigten,
- des Bereichs-Berechtigten (z. B. nur für den Netzbereich des Unternehmens)

20. Sollen verschiedenen unternehmensinternen Funktionen vom MaStR unterstützt werden?

Technische Ausgestaltung

Der VKU begrüßt, dass das MaStR auf Basis von Standard-Softwareprodukten verwirklicht werden soll, um die Entwicklung möglichst schnell und kostengünstig zu halten und um möglichst lange releasefähig zu sein.

Übersichtsdarstellung zur geplanten Struktur

Ebenso wird der Aufbau des MaStR als zentrale Datenbank begrüßt, die über einen Online-Zugang angesprochen werden kann, welche mit einer internen und einer externen Schnittstelle ausgestattet werden, über die ein intensiverer Kontakt verwirklicht werden kann. Der Webzugriff und die externe Schnittstelle liegen in einer DMZ („demilitarisierte Zone“ = Sicherheitspuffer zwischen internem und externem Netz), wodurch die Sicherheit der Datenhaltung erhöht wird.

An das MaStR sollen innerhalb der Bundesnetzagentur verschiedene Prozesse angebunden werden, die auf die Stammdaten im MaStR zugreifen, in ihren Funktionen aber darüber hinausgehen. Zwei wesentliche bestehende Verfahren, die mit dem Wirkbetrieb des MaStR aufgegeben werden sollen, sind die bisherige Stammdatenverwaltung und das PV- Meldeportal. Die Funktionen dieser beiden Systeme werden vom MaStR übernommen.

Weiterhin bleiben die von der Bundesnetzagentur angebotenen Funktionen „Energieclient“ und „Energiedatenportal“ bestehen; sie sollen ans MaStR angebunden und von dort mit Stammdaten versorgt werden. Unternehmen, die sich beispielsweise auf die Datenübermittlung über das Energiedatenportal eingestellt haben, sollen dies auch nach Einführung des MaStR weiterhin beibehalten können.

Die Bundesnetzagentur wird ihre eigenen Prozesse Zug um Zug modular an das MaStR anbinden. Zeitgleich mit dem Start des MaStR soll dies für den geschützten Dateiaustausch (bisher Energiedatenportal) und für die ggf. nach dem EEG ab 2017

erforderliche Förderberechtigungsverwaltung im Rahmen eines künftigen EE-Ausschreibungsverfahrens umgesetzt werden.

Weitere Prozesse werden folgen. Diese Prozesse sollen nicht Teil des MaStR werden. Die Bundesnetzagentur greift in diesen Fällen wie ein Dritter über eine (interne) Schnittstelle auf das MaStR zu.

Der VKU begrüßt, dass das MaStR als online-gestützte Datenbank ausgestaltet werden soll, bei der jeder Marktteilnehmer einen passwortgeschützten Zugang erhält und seine eigenen Stammdaten eingeben, einsehen und pflegen kann; Datenänderungen können in der Regel nur vom Inhaber der Daten und in speziellen Ausnahmefällen durch die Bundesnetzagentur vorgenommen werden. In bestimmten Fällen erfolgt – wie in der Anlagenregisterverordnung vorgesehen – eine Plausibilisierung durch einen anderen Marktteilnehmer. Außerdem soll jedem Akteur nach der individuellen Berechtigung gestattet sein, über den Zugang auch auf Daten der anderen Akteure zurückzugreifen.

Der VKU begrüßt, dass die Stammdaten des MaStR von Behörden und Unternehmen über eine Benutzer-Schnittstelle abgerufen werden können sollen. Professionellen Marktteilnehmern soll dadurch ermöglicht werden, automatisiert auf die Daten des MaStR zuzugreifen. Die Schnittstelle soll die Möglichkeit eröffnen, dass Unternehmen die Stammdaten, die sie für ihre Prozesse benötigen, regelmäßig mit den Stammdaten des MaStR abgleichen und in der für ihre Prozesse notwendigen Tiefe validieren und ergänzen, wobei die Verantwortung für die Richtigkeit der Stammdaten weiterhin den Marktteilnehmern obliegt und nicht auf die Bundesnetzagentur übergeht.

21. Welche Anforderungen sind an die Schnittstelle zu stellen, damit MaStR-Daten automatisiert abgerufen werden können?

Die derzeitige Marktkommunikation beruht auf den Regelungen von edi@energy. Diese Möglichkeiten sollten ebenfalls hier Anwendung finden.

22. Welche Datenaustauschformate (z.B. xml, csv) sollte das MaStR unterstützen?

Es müssen alle notwendigen Datenaustauschformate unterstützt werden, um eine möglichst breite Basis zu schaffen und um möglichst alle bisherigen Abfragen zu bündeln.

24. Welche Anforderungen sind an die Verfügbarkeit des MaStR zu stellen?

Ausfallzeiten bis zu einigen Stunden können als unkritisch hingenommen werden. Sollte es zu gravierenden Ausfällen des MaStR kommen, sollte darüber und über die voraussichtliche Länge des Ausfalls zeitnah berichtet werden.

25. Welches Nummerierungskonzept soll im MaStR verwirklicht werden?

Es wird innerhalb des VKU favorisiert, bestehende Nummernsystematiken für das MaStR anzuwenden und kein neues Nummerierungssystem einzuführen. Es

erscheint zielführend, dass Unternehmen die mehrere Markttrollen einnehmen, für jede Marktrolle eine eigene Nummer (rollenspezifische Nummer) erhalten (Var. 1b).

26. Welche Informationen sollten sich ggf. aus den sprechenden Nummern ergeben?

Sprechende Nummern werden abgelehnt.

27. Welche Verfahren sollen eingesetzt werden, um die Datenqualität zu optimieren?

Ein Meldeverfahren über den Anschlussnetzbetreiber dürfte grundsätzlich zu einer Verbesserung der Qualität führen. Das Verfahren der Erstmeldung des Anlagenbetreibers und der nachgelagerten Prüfung durch den Netzbetreiber erscheint dagegen zu kompliziert und zu aufwendig.

28. Soll die Datenqualität des MaStR durch die Kopplung an Förderzahlungen, an generelle Bußgeldvorschriften o.Ä. abgesichert werden?

Die Netzbetreiber werden wie gewohnt auf eine hohe Datenqualität achten. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass die Qualität der Datenübermittlung durch die Anlagenbetreiber eher kritisch zu sehen ist. Bußgelder oder die Kopplung von Fördergeldern an die Datenqualität könnten hier hilfreich sein. Jedoch erscheint es viel erfolgversprechender für eine qualitativ hohe Datenqualität, wenn bei der Datenübermittlung eher auf ein praxistaugliches und (relativ) einfach nachzuvollziehendes Verfahren bereits bei der Entwicklung Wert gelegt wird.

29. Wie soll bei der Einführung des MaStR vorgegangen werden?

Es ist unbedingt für einen Erfolg des MaStR notwendig, dass vor einem verbindlichen Starttermin alle Aspekte der Datenübermittlung in ausreichender Form und unter Einbeziehung etwaiger Eventualitäten getestet werden.